

Wahl zum 18. Deutschen Bundestag

Hinweise zur Einreichung von Wahlvorschlägen

(Stand: 19.06.2012)

Für die Durchführung der Bundestagswahl sind insbesondere das Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl I S. 518), und die Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl I S. 1376), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 3. Dezember 2008 (BGBl I S. 2378) maßgeblich.

Das Bundeswahlgesetz und die Bundeswahlordnung werden vor der Wahl voraussichtlich noch geändert werden. Soweit absehbar, wird jedoch die **Bewerberaufstellung** von diesen Änderungen nicht betroffen sein (siehe auch Punkt E. dieser Hinweise).

Die **Landeslisten** sind beim Landeswahlleiter, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, St.-Martin-Straße 47, 81541 München

spätestens am 66. Tag vor der Wahl (soll auf den **69. Tag** vorverlegt werden, vgl. Punkt E.), **18.00 Uhr**

schriftlich einzureichen.

Die **Kreiswahlvorschläge** sind ebenfalls spätestens am **66. Tag vor der Wahl** (soll auf den **69. Tag** vorverlegt werden, vgl. Punkt E.), **18.00 Uhr** schriftlich beim für den jeweiligen Wahlkreis zuständigen Kreiswahlleiter¹ einzureichen. Nähere Auskünfte hierzu erteilen die Kreiswahlleiter. Namen und Anschriften der von den Regierungen ernannten Kreiswahlleiter sind aus gesonderten Bekanntmachungen im Bayerischen Staatsanzeiger und im Internetangebot des Landeswahlleiters unter www.wahlen.bayern.de ersichtlich. Die Kreiswahlleiter für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag werden voraussichtlich erst nach Bestimmung des Wahltags ernannt; bis dahin üben die Kreiswahlleiter der letzten Bundestagswahl noch ihr Amt aus.

A. Voraussetzungen für die Einreichung von Landeslisten

1. Nur Parteien können Landeslisten einreichen. Eine Partei kann in jedem Land nur eine Landesliste einreichen.
2. Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am **90. Tag** (nach der vorgesehenen Gesetzesänderung bis spätestens am **97. Tag, 18 Uhr**) **vor der Wahl** dem Bundeswahlleiter (Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden) ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Bundeswahlausschuss ihre Parteieigenschaft festgestellt hat.

In der Anzeige ist anzugeben, unter welchem Namen sich die Partei an der Wahl beteiligen will. Die Anzeige muss von mindestens drei Mitgliedern des Bundesvorstands, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstands. Die schriftliche

¹ Zur besseren Lesbarkeit wurde bei Personenbezeichnungen jeweils nur die männliche Form verwendet. Die Aussagen beziehen sich jedoch auf weibliche und männliche Personen gleichermaßen.

Satzung und das schriftliche Programm der Partei sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstands sind der Anzeige beizufügen.

Die Beteiligungsanzeige dient der Feststellung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuss. Bisher war diese Entscheidung abschließend und konnte erst nach der Wahl im Wahlprüfungsverfahren angefochten werden. Der sich im Gesetzgebungsverfahren befindliche Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (vgl. Punkt E.) sieht u.a. nun die Möglichkeit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes vor, falls einer Vereinigung die Anerkennung als Partei vom Bundeswahlausschuss versagt wird.

B. Inhalt und Form der Landeslisten

1. Als Bewerber kann in einer Landesliste nur benannt werden, wer
 - a) am Wahltag Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht nach § 15 Abs. 2 BWG von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist,
 - b) nicht Mitglied einer anderen als der die Landesliste einreichenden Partei ist und in einer Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Landesliste oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung entsprechend den Bestimmungen des § 27 Abs. 5 i. V. m. § 21 Abs. 1, 3, 5 und 6 BWG in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist,
 - c) seine Zustimmung dazu schriftlich erklärt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

Ein Bewerber kann nur in einem Land und hier nur in einer Landesliste vorgeschlagen werden.
2. Die Landesliste soll nach dem Muster der **Anlage 20** zur BWO eingereicht werden. Sie muss enthalten
 - a) den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese,
 - b) Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerber. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.
3. Sie soll ferner Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten.
4. Die Landesliste ist von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes des Landesverbandes der Partei, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen. Hat eine Partei in Bayern keinen Landesverband oder keine einheitliche Landesorganisation, so ist die Landesliste von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, die im Bereich des Freistaates Bayern liegen, in gleicher Weise zu unterzeichnen. Die Unterschriften des einreichenden Vorstandes genügen, wenn dieser innerhalb der Einreichungsfrist eine schriftliche Vollmacht der anderen beteiligten Vorstände beibringt.
5. Die unter A.2 genannten Parteien haben außerdem 2000 Unterschriften von in Bayern Wahlberechtigten auf amtlichen Formblättern nach **Anlage 21** zur BWO zu erbringen. Die Unterschriften müssen persönlich und handschriftlich geleistet werden. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei

Einreichung der Landesliste nachzuweisen. Das Erfordernis zusätzlicher Unterschriften gilt nicht für Landeslisten von Parteien nationaler Minderheiten.

Die Formblätter werden auf schriftliche Anforderung in der benötigten Stückzahl vom Landeswahlleiter kostenfrei geliefert. Bei der Anforderung ist der Name der Partei, die die Landesliste einreichen will, und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese anzugeben. Diese Angaben sind vom Landeswahlleiter im Kopf der Formblätter zu vermerken. Ferner hat die Partei die Aufstellung der Landesliste in einer Mitglieder- oder einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung zu bestätigen.

Auf einem solchen Formblatt kann jeweils nur eine Unterstützungsunterschrift geleistet werden.

Für jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt oder gesondert (nach dem Muster der **Anlage 21** zur BWO) eine Bescheinigung seiner Gemeindebehörde beizufügen, dass er zum Zeitpunkt der Unterzeichnung im Freistaat Bayern wahlberechtigt ist.

Ein Wahlberechtigter darf nur eine Landesliste unterzeichnen; hat jemand mehrere Landeslisten unterzeichnet, so ist seine Unterschrift auf allen Landeslisten ungültig.

Landeslisten dürfen erst nach Aufstellung der Bewerber durch eine Mitglieder- oder Vertreterversammlung unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

6. Der Landesliste sind beizufügen:

- a) die Erklärungen der vorgeschlagenen Bewerber, dass sie ihrer Aufstellung zustimmen und für keine andere Landesliste ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber gegeben haben, sowie eine Versicherung an Eides statt gegenüber dem Landeswahlleiter, dass sie nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei sind, jeweils nach dem Muster der **Anlage 22** zur BWO. Die Zustimmungserklärung ist unwiderruflich,
- b) die Bescheinigungen der zuständigen Gemeindebehörden nach dem Muster der **Anlage 16** zur BWO, dass die vorgeschlagenen Bewerber wählbar sind,
- c) eine Ausfertigung der Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 23** zur BWO über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung, in der die Bewerber aufgestellt worden sind und ihre Reihenfolge auf der Landesliste festgelegt worden ist. Der Niederschrift ist eine Versicherung an Eides statt gemäß **Anlage 24** zur BWO beizufügen.
- d) die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigung des Wahlrechts der Unterzeichner, sofern die Partei im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten ist (vgl. Punkt B.5).

7. Die einzureichenden Unterlagen sind in Schriftform rechtzeitig vorzulegen. Die Schriftform ist dann gegeben, wenn die schriftlich einzureichenden Unterlagen persönlich und handschriftlich unterzeichnet sind und beim zuständigen Wahlorgan im Original vorliegen. Die Schriftform ist durch E-Mail oder Telefax nicht gewahrt.

C. Zurücknahme und Änderung von Landeslisten sowie Beseitigung von Mängeln

Eine Landesliste kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über ihre Zulassung entschieden ist. Eine von mindestens 2000 Wahlberechtigten unterzeichnete Landesliste kann auch von der Mehrheit der Unterzeichner durch eine von ihnen persönlich und handschriftlich vollzogene Erklärung zurückgenommen werden.

Nach Ablauf der Einreichungsfrist am **66. Tag** (nach der vorgesehenen Gesetzesänderung am **69. Tag**, vgl. Punkt E.) **vor der Wahl, 18.00 Uhr**, kann eine Landesliste nur durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson und nur dann geändert werden, wenn ein Bewerber stirbt oder die Wählbarkeit verliert. Nach der Entscheidung über die Zulassung der Landesliste ist jede Änderung ausgeschlossen.

Nach Aufforderung durch den Landeswahlleiter sind etwaige Mängel in der Landesliste durch die Vertrauensperson rechtzeitig zu beseitigen. Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel an sich gültiger Wahlvorschläge behoben werden (Einzelheiten s. § 27 Abs. 5 i. V. m. § 25 Abs. 2 BWG). Nach der Entscheidung über die Zulassung einer Landesliste ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

D. Formblätter

Nach Aufstellung der Landesliste können Formblätter für Unterstützungsunterschriften (**Anlage 21** zur BWO) beim Landeswahlleiter des Freistaates Bayern, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, St.-Martin-Straße 47, 81541 München, schriftlich angefordert werden. Auch die übrigen Formblätter zur Einreichung einer Landesliste (**Anlagen 16, 20, 22, 23 und 24** zur BWO) können vom Landeswahlleiter des Freistaates Bayern bezogen werden. Die Vordrucke (mit Ausnahme des Formblatts für Unterstützungsunterschriften) sind auch im Internetangebot des Landeswahlleiters unter <http://www.wahlen.bayern.de/bw2013/index.htm> abrufbar.

E. Änderungen der Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen zur Durchführung der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag stehen noch nicht endgültig fest.

Gegen das 19. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. November 2011, mit dem der Gesetzgeber den Regelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts zum negativen Stimmgewicht umgesetzt hat, sind Klagen beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Diese Gesetzesänderung betrifft jedoch die Sitzverteilung, nicht die Bewerberaufstellung.

Des Weiteren befindet sich ein Gesetzentwurf zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen zur Zeit noch im Gesetzgebungsverfahren. Mit diesem Gesetz soll das Bundeswahlgesetz insbesondere in folgenden Punkten geändert werden:

- Parteien oder Vereinigungen, denen vom Bundeswahlausschuss die Parteieigenschaft oder die hinreichende parlamentarische Vertretung im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag nach § 18 Abs. 4 BWG nicht zuerkannt wird und die deshalb nicht berechtigt sind, Wahlvorschläge einzureichen, sollen künftig innerhalb von vier Tagen nach der Bekanntgabe der Entscheidung durch den Bundeswahlleiter Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht erheben können. In diesem Fall wäre die Partei oder Vereinigung von den Wahlorganen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, längstens bis zum Ablauf des 59. Tages vor der Wahl wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei zu behandeln.

- Die Einreichungsfrist für Beteiligungsanzeigen nach § 18 Abs. 2 BWG soll vom **90.** auf den **97. Tag vor der Wahl, 18 Uhr** vorverlegt werden. Darüber hinaus sollen der Beteiligungsanzeige künftig Nachweise über die Parteieigenschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Parteiengesetz beigelegt werden.
- Der Tag der spätesten Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft bzw. der Feststellung über die hinreichende parlamentarische Vertretung nach § 18 Abs. 4 BWG soll vom **72.** auf den **79. Tag vor der Wahl** vorverlegt werden.
- Die Einreichungsfrist für Wahlvorschläge sowohl beim Landeswahlleiter (für Landeslisten) als auch bei den Kreiswahlleitern (für Kreiswahlvorschläge) nach § 19 BWG soll künftig bereits am **69. Tag vor der Wahl, 18 Uhr** (bisher **66. Tag**) enden.
- Der Bundeswahlausschuss soll um zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichtes, die Landeswahlausschüsse um zwei Richter des Oberverwaltungsgerichtes des Landes erweitert werden.